

Vierzehnte Sitzung.

Geschehen, Frankfurt den 2. Mai 1822.

In Gegenwart

aller in der vorigen Sitzung Anwesenden.

§. 112.

Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde, zur Herstellung einer Gesamtausgabe der Quellschriften deutscher Geschichten des Mittelalters.

(1. Sitz. §. 16 d. Z.)

Präsidium. Die Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde, zur Herstellung einer Gesamtausgabe der Quellschriften deutscher Geschichten des Mittelalters, hat unterm 16. April über den Fortgang ihrer Bemühungen, mit Vorlegung des dritten Bandes ihres Archivs, in nachfolgender Denkschrift Anzeige erstattet:

« Die Centraldirection der Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde hat
« die Ehre, einer hohen Bundesversammlung durch Ueberreichung des vor Kurzem
« vollendeten dritten Bandes des Archivs der Gesellschaft, fortgesetzte Kunde von
« dem Fortgange ihres Unternehmens ehrerbietigst zu ertheilen.

« Sie glaubt bei diesem Anlasse der wohlwollenden Unterstützungen und Zusicherungen mit Dank und Vertrauen im Allgemeinen erwähnen zu dürfen, welche
« seither der Gesellschaft von einigen vaterländischen Gouvernements zu Theil geworden sind. Auch glaubt sie der bedeutenden Gaben rühmlichst gedenken zu müssen,
« durch welche einige mittelbar gewordene Fürsten und edle Privatpersonen ihren Antheil
« an dem Unternehmen der Gesellschaft auf eine preiswürdige Art bethätigt haben.

« Da aus den früheren, dieser hohen Versammlung überreichten Denkschriften
« zur Genüge hervorgeht, wie sehr dieses Unternehmen einer kräftigen allgemeinen
« Unterstützung von Seiten der vaterländischen Regierungen bedürfe, und da gewiß
« bei keiner dieser letztern ein Mangel an Achtung für ein acht wissenschaftliches
« und gründliche Wissenschaft förderndes, der Nation zur Ehre gereichendes Unter-

« nehmen solcher Art vorausgesetzt werden darf, so erlaubt sich die Centraldirection, mit Beziehung auf das früher Geäußerte, die Theilnahme der hohen Bundesversammlung für diesen Gegenstand wiederholt in Anspruch zu nehmen.

« Die hier anwesenden Mitglieder der Centraldirection ergreifen diesen Anlaß, in ihrem und der abwesenden Mitglieder Namen, die Ausdrücke tiefster Verehrung hinzuzufügen. » Frankfurt 2c.

Die nähere Einsicht dieses dritten Bandes wird Jedermann überzeugen, wie sehr die Gesellschaft in ihren Vorarbeiten, in Sammlung der Quellen und in deren kritischer Beleuchtung und Bearbeitung fortgeschritten ist, und zu den besten Hoffnungen berechtigt. Mit Umgehung dessen, als für den Zweck des gegenwärtigen Vortrages zu weitläufig, glaube ich mich auf die finanziellen Verhältnisse beschränken zu müssen, da sich nur von deren fester Begründung das Gedeihen dieses Rationalwerkes erwarten läßt.

Die aus den Jahresrechnungen des Banquiers der Gesellschaft, Herrn Theodor Mülhens, zusammen gestellte Uebersicht, weist bis zum Schlusse des Jahres 1821 eine Einnahme von 17,900 fl. 20 kr.

nach, größtentheils aus den Beiträgen von den Gründern und Mitgliedern der Gesellschaft, dann Privaten gesammelt.

Die Ausgabe stellt sich auf

17,169 fl. 50 kr.

Es blieb daher zu Ende 1821 ein Activrest von

730 fl. 30 kr.

Außer den Beiträgen von Regenten, welche noch namentlich aufgeführt werden sollen, erscheint unter den Unterstützern eine edle deutsche Fürstin, welche nicht genannt seyn will, mit einem jährlichen kändigen Beitrag von 1000 fl. W. W.

Durch Unterzeichnung und zum Theil Vorausbezahlung, haben, der Zeitfolge nach, das Unternehmen bisher unterstützt:

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin;
die freie Stadt Bremen;

Seine Majestät der König von Sachsen;
die freie Stadt Lübeck;

die freie Stadt Hamburg;

Seine Majestät der König der Niederlande;

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar;

Seine Majestät der König von Baiern.

Ferner haben Seine Majestät der König von Preussen einen Allerhöchste persönlichen Beitrag zu verleihen geruht von 1000 Thalern.

Seine Durchlaucht der Herr Fürst von Thurn und Taxis haben durch einen, während eines Zeitraums von zehn Jahren bewilligten, jährlichen Beitrag von 100 Ducaten die theilnehmendste Anerkennung und Würdigung dieses Unternehmens bekräftigt.

Die Durchlauchtigsten Herzoge von Anhalt-Bernburg, Köthen und Dessau haben zur Förderung der Zwecke der Gesellschaft nicht nur zu einem gemeinschaftlichen Geschenke von 100 Rthlr. sich vereinigt, sondern auch auf zehn Jahre einen weiteren jährlichen Beitrag von 300 Rthlr. verwilligt.

Die freie Stadt Frankfurt hat einen Beitrag von 750 fl. geleistet.

Der Herr Graf Ernst zur Lippe in Obercassel bei Bonn, hat auf zwei Jahre mit jährlichen 140 Thalern, und Herr geheime Rath von Bölling mit 100 Thlr. das Unternehmen unterstützt.

Alles läßt daher erwarten, daß durch fernere und ausgebreitete Unterstützung die Gesellschaft zur Vollführung dieses umfassenden Nationalwerkes in den Stand werde gesetzt werden, und ich glaube, unter Bezug auf den in der 29. Sitzung vorigen Jahres erstatteten Vortrag (Prot. v. 26. Juli 1821 S. 212), gegenwärtig auf den

A n t r a g

sich beschränken zu können:

1) den von der Centraldirection der Gesellschaft überreichten III. Band des Archivs, mit ehrenvoller Erwähnung dessen, was auch im Verlaufe des dritten Jahres für dieses wichtige Unternehmen geleistet worden, in der Büchersammlung zu hinterlegen;

2) sämmtlichen allerhöchsten und höchsten Regierungen Deutschlands wiederholt diese Instanz zur großmüthigen Unterstützung nachdrücklichst anzuempfehlen.

Sämmtliche Gesandtschaften vereinigten sich mit diesem Antrage, und der Großherzoglich-Badische Herr Gesandte äusserte:

Der Großherzogliche Hof hat von Anfang an den Beweis abgelegt, wie sehr ihm die Beförderung des so eben wieder zur Sprache gebrachten gemeinnützigen Unternehmens am Herzen liege.

Er hat der Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde alle jene Unterstützung geleistet, welche von der Großherzoglichen Regierung nur immer erwartet werden konnte.— Ein dießseitiger Staatsdiener, der Archivar Dümge, wurde ganz seiner Dienstleistung entoben und zur Verfügung der Gesellschaft gestellt. Ausschliessend mit der Sammlung der Quellenschriften beschäftigt, bezieht derselbe eine jährliche Befoldung von 700 fl.

Die Großherzogliche Regierung hofft deshalb, daß die hohe Bundesversammlung diese Besoldung des Dümge um so mehr als einen jährlichen Beitrag an Geld betrachten werde, als hieraus bereits seit mehreren Jahren eine nicht unbedeutende Ersparniß für die Gesellschaft erwachsen ist.

B e s c h l u ß :

Daß

1) der von der Centraldirection der Gesellschaft überreichte III. Band des Archivs, mit ehrenvoller Erwähnung dessen, was im Verlaufe des dritten Jahres für dieses wichtige Unternehmen geleistet worden, in der Büchersammlung zu hinterlegen, dann

2) sämmtlichen allerhöchsten und höchsten Regierungen Deutschlands diese Anstalt wiederholt zur großmüthigen Unterstützung nachdrücklichst zu empfehlen sey.

§. 113.

Das allgemeine genealogische und Staatshandbuch von Wenner betreffend.

Der Königlich-Baierische Herr Bundestagsgesandte, Freiherr von Aretin, trägt vor:

Der hiesige Buchhändler Johann Friedrich Wenner habe am 27. März dieses Jahres (Num. 47) an die hohe Bundesversammlung ein gedrucktes Promemoria mit einer Vorstellung wegen der Wiederherausgabe des, seinem Verlage angehörigen, allgemeinen genealogischen und Staatshandbuchs eingereicht.

Er trage darin vor, daß von diesem Staatshandbuche seit dem Jahre 1811 der erste, und seit 1805 der zweite Theil nicht mehr erschienen sey, nachdem es in 64 Jahrgängen im Warrentzapp- und Wenerschen Verlage herausgekommen wäre, und eine Art classischen Ansehens und öffentlicher Autorität sich erworben hätte.

Die Ursache der Unterbrechung habe in den vielfältigen Veränderungen und Territorial-Umwandlungen gelegen. Da sich jetzt der politische Zustand wieder consolidirt habe, so scheine der Zeitpunkt zur Wiederherausgabe gekommen zu seyn.

Der Herausgeber wünsche den dießfalligen, an ihn gekommenen Aufforderungen zu entsprechen, wenn er genügend unterstützt werde.

Nur durch Zuverlässigkeit und eine angemessene Vollständigkeit seines Inhalts, könne dieses Handbuch seinem Zwecke und dem Interesse des Publikums genug thun, und seine vormalige Autorität wieder erwerben. Diese Zuverlässigkeit könne es aber nur aus officiellen Quellen schöpfen, deren Zugänglichkeit und ergiebigen Zuflüsse nicht von dem guten Willen des Verlegers abhängen.

So habe der im Jahre 1817 gemachte Versuch, die erforderlichen genealogischen und statistischen Nachrichten durch unmittelbar erlassene Ansuchen von den Behörden und Familienchefs zu erlangen, den erwünschten Erfolg nicht gehabt.

Er bitte daher, die Bundestagsgesandten möchten

1) die an ihre allerhöchsten und höchsten Höfe zu erlassenden Gesuche um huldreiche Mittheilung der, für die beiden Abtheilungen des Handbuchs erforderlichen, statistischen und genealogischen Nachrichten und Veränderungen an Höchstdieselben einsenden, solche geneigtest empfehlen, und die darauf zu hoffenden Mittheilungen an den Verleger abgeben.

2) Die an die Häupter sämmtlicher Fürstlich und Gräflichen Familien der verschiedenen deutschen Regierungen zu erlassenden Circularien an ihre Ministerien mit dem Antrage einenden, daß sie dort zur Post gegeben, und durch ein kurzes Publicandum in den Regierungsblättern empfohlen werden möchten.

Die gedachten Familienhäupter, hierdurch unterrichtet, daß sich dieß Unternehmen der Protection sämmtlicher deutschen Staaten zu erfreuen habe, würden sich dann um so mehr beeifern, die von ihnen erbetenen Nachrichten willfährig an die ihnen in den Circularien bekannt werdenden Adressen baldigst gelangen zu lassen.

Da nun die hohe deutsche Bundesversammlung die natürliche Beschützerin eines jeden gemeinnützigen Unternehmens sey, das nur durch ein gewisses Zusammenwirken der verschiedenen deutschen Staaten mit Erfolg begonnen werden könne; so glaube der Verleger die Mitwirkung und den Schutz der Bundestagsgesandten in Anspruch nehmen zu dürfen.

In Hoffnung dieser glücklichen Auspicien habe sich der Legationsrath Scherff dahier zur Bearbeitung der neuen Ausgabe bereit erklärt, deren Gesamttinhalt etwa folgende allgemeine Eintheilung erhalten würde:

E r s t e r T h e i l .

Genealogisches Handbuch.

A) Genealogie der in den Europäischen Staaten regierenden souverainen Familien, nebst deren Seitenlinien, bis zum Großvater hinauf, und mit einer kurzen statistisch-genealogischen Einleitung für jeden Staat.

B) Eben so die Genealogie der Souveraine des deutschen Bundes, mit gleicher Einleitung für die einzelnen deutschen Staaten.

C) die Genealogie der Fürstlichen, und

D) der Gräflichen, in den Staaten des deutschen Bundes existirenden Familien.

Zweiter Theil.

Staats-Adress-Handbuch,

- A) der wichtigsten Europäischen Staaten, außer jenen des deutschen Bundes;
- B) der sämtlichen Staaten des deutschen Bundes, und zwar
 - a) in ihrem gemeinschaftlichen Verbande (Bundesversammlung, nebst der Militärcommission);
 - b) in ihren einzelnen Staatsorganisationen.

Hierauf äusserte der Herr Referent sein Gutachten dahin:

Jedermann erinnere sich des unter dem Namen seines Verlegers, Barrentrapp, durch so viele Jahre bekannten Staatshandbuchs, und Viele vermifften ungern die seit mehr als zehn Jahren unterbrochene Fortsetzung dieses Werkes, da die hierdurch sich ergebende Lücke durch die grösstentheils nach andern Planen bearbeiteten Handbücher von Hassel, Jacobi, Lüders, Schöll u. A. nicht ganz ausgefüllt worden sey.

Es scheine also allerdings wünschenswerth, daß jenes Werk auf zweckmäßige Weise fortgesetzt, und ein Bedenken könne kaum dagegen obwalten, daß solches durch Mittheilung richtiger Notizen gehörig unterstützt werde. In genealogischen Nachrichten gäbe es kein Geheimniß, und die ehemalige Verschlossenheit mehrerer Cabinete rüchichtlich statistischer Nachrichten habe wohl überall aufgehört.

Uebrigens sey ja doch in keinem Falle die Herausgabe als officiell anzusehen, sondern bleibe immer ein Privatunternehmen, und, wenn man sich gegen alle Folgerungen ganz sicher stellen wolle, könne man auch solches noch besonders erklären.

Immer sey es höchst wünschenswerth, daß die aufzunehmenden Notizen möglichst richtig und vollständig erscheinen möchten, und dieß könne ohne Mitwirkung der Regierungen schwerlich zu Stande gebracht werden.

Sämmtliche Gesandtschaften waren mit dem Gutachten des Herrn Referenten vollkommen einverstanden und nach seinem Antrage wurde daher einhellig

b e s c h l o s s e n :

das Promemoria des Buchhändlers Wenner an sämtliche Regierungen durch ihre Bundestagsgesandtschaften einzusenden und den Gegenstand desselben zur geneigtesten Berücksichtigung zu empfehlen.

§. 114.

Forderungen des ehemaligen Mainzer Domcapitels an die bei dem aufgelösten Großherzogthume Frankfurt betheiligten Regierungen betreffend.

Der Königlich-Sächsische Herr Bundestagsgesandte von Carlwiz: erstattet Vortrag über die in der Eingabe Num. 84 vorigen Jahres durch Dr. Ehrmann, als

Anwalt des Domscholasters und Geheimen Rathes, Freiherrn von Voos zu Würzburg, im Namen des vormaligen Mainzer Domcapitels angebrachten Forderungen an die bei dem aufgelösten Großherzogthume Frankfurt theiligten Regierungen. Der Herr Referent theilt eine vollständige Uebersicht dieser Reclamation mit, worin das Gesuch ausgedrückt wird:

die nöthige Einleitung zu treffen, daß

- 1) dem ehemaligen Domcapitel zwei Schuldposten von 10,318 fl. 11 kr., mit Verzugszinsen vom 1. Januar 1814 an, und von 11,880 fl. — kr. nebst Zinsen vom 1. Juli ej. a. an, von den bei dem ehemaligen Großherzogthume Frankfurt theiligten Regierungen in Güte bezahlt, oder
- 2) deshalb eine Austrägal-Instanz bestellt werde.

Der Herr Referent stellt in seinem Gutachten drei Fragen auf:

- 1) ob die hohe Bundesversammlung competent sey,
- 2) ob Dr. Ehrmann als legitimirt zu betrachten, und
- 3) was im Falle eintretender Competenz anjetzt zu thun sey?

Der Herr Referent hält aus mehreren Rücksichten die Competenz der hohen Bundesversammlung für gegründet, — dagegen aber die legitimatio ad causam des Dr. Ehrmann noch nicht für genügend, und ist der gutachtlichen Meinung,

daß, da die hohe Bundesversammlung allerdings befugt seyn dürfte, von dem Gegenstande der vorliegenden Reclamation Kenntniß zu nehmen, gleichwohl bereits eine von den theiligten Regierungen bestellte Commission zu Ausgleichung der, auch diesen Gegenstand mit umfassenden, Ansprüche an das vormalige Großherzogthum Frankfurt bestehe — erstere sich vor der Hand darauf zu beschränken habe, durch die Herren Gesandten dieser Regierungen sich Nachricht zu erbitten, welche Bewandniß es mit der hier angegebenen Forderung der Domherren des vormaligen Mainzer Domcapitels an das Großherzogthum Frankfurt habe, und in welcher Lage sich diese Angelegenheit bei der erwähnten Commission dermalen befinde.

Diesem Antrage gemäß, wurde

b e s c h l o s s e n :

die betreffenden Gesandtschaften zu ersuchen, der Bundesversammlung über die Bewandniß dieser Forderung Aufklärung zu verschaffen.

§. 115.

Gesuch des Ritters Anton von Mandel, Schönflur, Pensions- und Rückstandsforderung an den Canton Bern betr.

(38. Stg. S. 181 v. J. 1818.)

Ebenderselbe: trägt das Gesuch des Ritters Anton von Mandel, Schönflur vor (Zahl 45 v. J. 1821), wornach Reclamant sein früheres Gesuch um Verwendung der

hohen Bundesversammlung, wegen seiner doppelten Pensions- und Rückstandsforderung als Canonicus des Collegiatstifts Münster-Grandfelden, und als Professor zu Brundrut, erneuert.

Der Herr Referent erörterte die Bewandniß der Pensionsforderung des Reclamanten, verglich damit die in den deßfalligen Vorstellungen an die hohe Bundesversammlung gebrachten Anträge, und gründete darauf sein Gutachten, welches im Wesentlichen dahin gieng:

Die Pension des Ritters von Mandel-Schönflur, als vormaligen Canonicus des Collegiatstifts Münster-Grandfelden, habe nie zu denjenigen gehört, von welchen die Bundesversammlung, nach dem 15. Artikel der Bundesacte, Kenntniß zu nehmen gehabt hätte. Sein dießfalliger Anspruch betreffe lediglich den Canton Bern. Finde er daher zu Verfolgung dieses Anspruchs eine diplomatische Verwendung nöthig, so habe er selbige nicht bei der Bundesversammlung, sondern bei seiner Regierung zu suchen.

Seine Pension als gewesener Professor zu Brundrut gehöre dagegen allerdings in die Classe derer, deren Sicherstellung der 15. Artikel der Bundesacte bezweckte. Die Bundesversammlung hätte gegründete Veranlassung, durch die wohlwollende Intercession des Kaiserlich-Oesterreichischen und Königlich-Preussischen Hofes zu vermitteln, daß die Pensionen der auf die transrhenanische Sustentationsanstalt gewiesenen Pensionirten des Bisthums Basel, zu denen der Ritter von Mandel-Schönflur gehöre, nachdem diese Anstalt aufgehört hätte, solche ferner zu zahlen, von der Schweiz übernommen würden, welche in den Besitz dieses Bisthums gesetzt worden wäre. Auch jetzt noch würde die Bundesversammlung sich für den Reclamanten verwenden, wenn die Regierung des Cantons Bern, welche seine Pension nach dem Betrage von 640 fl. jährlich vom 1. Januar 1816 an übernommen habe, solche vorenthielte. Allein der Reclamant habe gar nicht angeführt, daß ihm diese Pension verweigert werde.

Daher sey anjekt in keiner Hinsicht ein Grund vorhanden, Seiten der Bundesversammlung eine Verwendung irgend einer Art für den Reclamanten eintreten zu lassen, mithin derselbe mit seinem dießfalligen Gesuche abzuweisen.

Sämmtliche Gesandtschaften waren mit dem Herrn Referenten vollkommen einverstanden; daher

B e s c h l u ß :

daß der Reclamant Mandel von Schönflur mit seinem Gesuche abzuweisen sey.

§. 116.

Des Kur- und Oberrheinischen Kreises Pensions- und Schuldenwesen, insbesondere das Pensionsgesuch des Christian Joseph Dieze, als vormaligen General-Münzwardein, betreffend.

(28. Sig. S. 174 55. Sig. S. 409 v. J. 1817.)

Der Königlich-Hannoversche Herr Gesandte von Hammerstein: referirt

ber die, unter Zahl 40 laufenden Jahres eingetragene, Eingabe des Christian Joseph Dieze, ermalen zu Pesth in Ungarn, Pensionsrückstand betreffend; und auf dessen Antrag wurde
b e s c h l o s s e n :

die Herren Bundestagsgesandten, Freiherrn von Arctin und von Lepel, zu ersuchen, er hohen Bundesversammlung durch die bestehende Commission nähere Aufklärung über diesen schon bei ihr verhandelten Gegenstand zu verschaffen.

§. 117.

Die Streitigkeit zwischen dem Großherzogthume Sachsen-Weimar-Eisenach und dem Fürstenthume Schwarzburg-Rudolstadt, dann den Herzogthümern Sachsen-Coburg, Hildburghausen, Meiningen und dem Fürstenthume Schwarzburg-Sondershausen, wegen der aus dem Thüringer Rayonverbande vom Jahr 1814 herrührenden Forderungen.

(13. Sitz. §. 100 b. 3.)

Großherzoglich und Herzoglich-Sächsische Häuser, für Sachsen-Hildburghausen. Seit der letzten und 13. Sitzung hoher Bundesversammlung ist mir in der so genannten Thüringer Rayonsache ein anderweites höchstes Rescript von Sachsen-Hildburghausen zugegangen, welches mich zu folgender nachträglichen Erklärung verpflichtet:

Es haben nämlich des Herzogs von Sachsen-Hildburghausen Durchlaucht, Seiner Königlich-Hoheit dem Großherzoge von Sachsen-Weimar-Eisenach durch Ministerial-Communication zu erkennen gegeben, daß Sie zwar den Zweifel unterhielten, ob, da es sich in dem vorliegenden Falle nicht von einem Rechtsstreite unter Bundesgliedern, sondern von einer Forderung an das Herzoglich-Hildburghausische Land, die Landes-Steuerkasse, handle, überhaupt die Competenz des Bundestages begründet und nicht vielmehr vor den bestehenden Landesgerichten Recht zu nehmen sey: daß Herzogliche Durchlaucht jedoch von der hierauf zu gründenden Einrede keinen Gebrauch machen, und manche andern Inconvenienzen, die aus der Verhandlung vor einem ganz fremden und entfernten Gerichte für beide Theile entstehen möchten, für beseitigt achten wollten, wenn Seine Königlich-Hoheit sich bewogen fänden, die, in der provisorischen Ordnung des Oberappellationsgerichts zu Jena i. 41 bestimmte, schiedsrichterliche Instanz desselben anzunehmen. Sollten jedoch Seine Königlich-Hoheit diesen Antrag nicht für angemessen erachten, so wollten Seine Herzogliche Durchlaucht Ihre Königlich-Majestäten von Sachsen und Hannover, und Seine Königlich-Hoheit den Kurfürsten von Hessen zu Schiedsrichtern in Vorschlag bringen, sich aber dabei Ihre Einwendungen gegen die Competenz des hohen Bundestages ausdrücklich

vorbehalten, und, da eine Streitgenossenschaft zwischen den in Anspruch genommenen Regierungen nicht vorhanden sey, einer abgesonderten Klage gegen das Herzogthum Hildburghausen entgegenstehen. Hierauf ließen Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach durch Ihr Staatsministerium nach Hildburghausen zurück eröffnen, wozu ich bereits von Allerhöchstihnen in der Sache befehligt worden sey, daß nächstdem der Vorschlag Seiner Herzoglichen Durchlaucht, ohne Theilnahme der übrigen mitbeklagten hohen Regierungen, mit dem obwaltenden Sachzusammenhange und dem darauf gegründeten Beschlusse hoher Bundesversammlung vom 28. Februar, außer Einflang sich befinde, und daß im vorliegenden Falle mehrere, näher angegebene Gründe gegen die Annahme des Oberappellationsgerichts zu Jena, als schiedsrichterlicher Instanz, stritten. Diese Großherzogliche Antwort hat nun Seiner Herzoglichen Durchlaucht von Sachsen-Hildburghausen die höchste Veranlassung gegeben, anderweit an mich zu rescribiren.

Zuvörderst glauben des Herzogs Durchlaucht gegen den Beschluß hoher Bundesversammlung vom 28. Februar Folgendes erinnern zu können:

1) in formeller Hinsicht, daß er nicht auf vorherige Instructions-Einholung gefaßt worden sey, was für die, dabei nicht gehörten, in Anspruch genommenen Höfe, einen um so nachtheilignern Einfluß gehabt habe, als

2) den Einzelnen durch die Anweisung zur Vereinigung über den Vorschlag der Schiedsrichter etwas zugemuthet werde, was weder in einem Bundesgesetze in der Art bestimmt sey, noch in der vorgeschriebenen engen Frist, und überhaupt herbeizuführen in der Macht des einzelnen Theils gestanden hätte, welchemnach jene Anweisung, sollte es dabei verbleiben, für die einzelnen Staaten, an welche sie ergangen, die indirecte Nothigung enthalten würde, das Recht auf die Wahl ihres eigenen Richters auf die hohe Bundesversammlung übergeben zu lassen;

3) liege dem Beschlusse die, nirgends begründete, von den hohen Beklagten am wenigsten zugestandene und im Gegentheil wiederholt angefochtene Behauptung einer Streitgenossenschaft zum Grunde, und werde darüber, einer künftigenrechtlichen Entscheidung vorgreifend, abgesprochen;

4) sey dabei der, Herzoglich-Hildburghausischer Seits gemachte, Vorbehalt der Einwendungen gegen die Competenz der hohen Bundesversammlung in der Hauptsache nicht berücksichtigt, und könne man von diesen um so weniger abgehen, weil

a) hier es sich um eine Contractsforderung an das Land, nicht an den Herrn desselben, handle,

b) dieses aber nicht angenommen, nach Art 10 des Bundestagsbeschlusses vom 3. August 1820 die schiedsrichterliche Entscheidung des Oberappellationsgerichts zu Jena eintrete.

Seine Herzogliche Durchlaucht ersuchen hiernächst die hohe Bundesversammlung, es dahin zu vermitteln, daß Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Weimar die Ihnen gemachten Vorschläge noch annähmen, tragen aber für den Fall, daß hohe Bundesversammlung sich dazu nicht veranlaßt finden sollte, dahin an, daß die Vorfrage über die Zuständigkeit hoher Bundesversammlung und die von der hohen Gegenseite behauptete Streitgenossenschaft zu besonderer austrägalrichterlicher Entscheidung ausgestellt werde, in welcher Absicht Sie nochmals die Kronen Sachsen und Hannover, und des Kurfürsten von Hessen Königliche Hoheit, als hohe Schiedsrichter in Vorschlag bringen.

Der Herr Gesandte der 15. Stimme zeigte an, daß sich Schwarzburg, Rudolstadt an dasjenige anschliesse, was Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen, Weimar und Eisenach zum Protokolle der letzten Sitzung hätten erklären lassen.

Hierauf wurde

b e s c h l o s s e n :

diese Erklärungen an die zur Revision und Ergänzung des Beschlusses vom 16. Juni 1817 wegen des Austrägalverfahrens gewählte Commission abzugeben.

§. 118.

Legitimation der zu der Militärcommission der deutschen Bundesversammlung abgeordneten Generale und Stabsofficiere.

(13. Stg. S. 102 d. I.)

Der Herr Gesandte der Großherzoglich und Herzoglich Sächsischen Häuser zeigt ferner an, daß bei der Militärcommission der hohen Bundesversammlung der Königlich Sächsische Abgeordnete für die erste, jetzt nicht stimmungsführende Division des neunten Armeecorps, Seiner Königlichen Majestät von Sachsen Oberstlieutenant und Flügeladjutant, Herr von Schreiberhofen, mit allerhöchst gedachter Seiner Majestät Genehmigung, das Interesse Ihrer Herzoglichen Durchlauchten von Sachsen, Gotha, Altenburg, Meiningen, Hildburghausen und Coburg, Saalfeld bei ernannter Commission zugleich mit zu besorgen, den höchsten Auftrag erhalten und gefälligst übernommen habe.

Hierauf wurde

b e s c h l o s s e n :

der Militärcommission der Bundesversammlung davon Nachricht zu ertheilen.

§. 119.

Einreichungsprotokoll.

Nachbenannte Eingaben, als:

Rum. 62, eingereicht am 26. April, von Christian von Göllich zu Rostock, vormaligen Reichskammergerichts-Advocaten, Pensionsbewilligung betr.

- Num. 63, einge. am 26. April, von Dr. Ignaz Goll zu Frankfurt, als Bevollmächtigten des Handelsmanns Johann Heinrich Utsch zu Siegen, Forderung an die vormalsige Reichsoperationskasse von 500 fl. betr. Mit Anlage 1. u. 2.
- Num. 64, einge. am 26. April, von Dr. Ignaz Goll zu Frankfurt, vormaligen Reichskammergerichts-Advocaten, Pensionsbewilligung betr.
- Num. 65, einge. am 26. April, von Dr. Hermann zu Frankfurt, als Bevollmächtigten des Hauptmanns Johann Auth zu Fulda, dessen rückständigen und laufenden Gehalt betreffend.
- Num. 66, einge. am 30. April, von mehreren Oesterreichischen Gläubigern des Grafen Joseph Reiperg, Bitte um Verwendung bei Seiner Majestät dem Könige von Würtemberg, ihre Schuldforderung an die Gräflich-Reippergische Familie betreffend —
- wurden den betreffenden Commissionen zugestellt.

Folgen die Unterschriften.

Z u n f z e h n t e S i s s u n g.

Geschehen, Frankfurt den 9. M a i 1822.

In Gegenwart

aller in der vorigen Sitzung Anwesenden.

§. 120.

Wahl einer neuen Commission zum Vortrage der Privat-Reclamationen.

Auf Antrag des Präsidii wurde zur Wahl einer neuen Reclamations-Commission geschritten, welche auf die Herren Bundestagsgesandten,

Freiherrn von Aretin,

Carlowitz,

Wangenheim,

Grafen , Eynen und

: : Beust

ausfiel; daher

B e f c h l u ß:

daß die Herren Bundestagsgesandten, Freiherr von Aretin, von Carlowitz, Freiherr von Wangenheim, Graf von Eyben, und Graf von Beust ersucht werden, die bis zur nächsten Vertagung der Bundesversammlung eingehenden Privat-Reclamationen vorzutragen und zu begutachten.

§. 121.

Denkschrift des Vorstandes der katholischen Gemeinde zu Frankfurt am Main, ihre verfassungsmäßig anzuordnenden Verhältnisse betreffend.

(35. Clk. §. 224 v. 3. 1819.)

Der Königlich-Baierische Herr Bundestagsgesandte, Freiherr von Aretin: erstattet, im Namen der zur gütlichen Ausgleichung der Beschwerden des Vorstandes der katholischen Gemeinde in Frankfurt am Main gegen den Senat dieser freien Stadt ernannten Commission, Vortrag über die gegenwärtige Lage dieser Angelegenheit. Hierauf

Re s u l t:

1) Die beiden Eingaben des katholischen Gemeindevorstandes vom 20. März und 30. April dieses Jahres waren dem Bundestagsgesandten der freien Stadt Frankfurt, Herrn Danz,

nebst den bei der Commission erstatteten zwei unständigen Vorträgen mit dem Ersuchen mitzutheilen, die Einleitung bei dem Senate zu treffen, daß hierüber in Zeit von längstens acht Wochen die nöthige Erklärung abgegeben werde, damit hiernach ein weiterer Zusammentritt der Commission, unter Beiziehung hinlänglich instruirter Bevollmächtigter, sowohl von Seite des Senats, als von Seite der katholischen Gemeinde, statt finden könne;

2) dem städtischen Herrn Bundestagsgesandten wäre zugleich zu eröffnen, wie man voraussetzen dürfe, daß der Senat selbst nicht gemeint seyn werde, während die Sache an dem Bundestage anhängig ist, Veränderungen in den Verhältnissen des gegenwärtigen katholischen Gemeindevorstandes vorzunehmen;

3) dem Vorstande der katholischen Gemeinde wäre von gegenwärtigem Beschlusse Nachricht zu geben.

§. 122.

Forderung des Freiherrn Ferdinand von Müller und Consorten zu Wien an die Gräflich-Reippergische Familie betreffend.

Der selbe Herr Gesandte: erstattet Vortrag auf die unter Num. 66 dieses Jahres eingetragene Vorstellung des Freiherrn Ferdinand von Müller und Consorten zu Wien, Forderung an die Gräflich-Reippergische Familie betreffend, und äussert, nach vollständig ausgezogenem Inhalte dieser Reclamation:

Die erste Frage, welche hier aufzustellen sey, und deren Beantwortung alle weitem überflüssig machen dürfte, sey:

ob die Bundesversammlung in dieser Reclamationsache competent sey? —

Der Gegenstand sey eine Schuldforderung zwischen Privaten, und betreffe Beschwerden über das Verfahren der Gerichtshöfe in einem Bundesstaate.

Wenn die Sache schon Glieder der ehemaligen Reichsritterschaft betreffe; so habe dieselbe doch auf den 14. Artikel der Bundesacte durchaus keinen Bezug.

Auch aus dem 15. Artikel, oder aus andern Bestimmungen der Bundesacte, oder der Schlußacte, lasse sich nicht der mindeste Grund ableiten, aus welchem diese Sache vor die Bundesversammlung gezogen werden könnte.

Nur die Bestimmung des Art. 29 der Wiener Schlußacte könne sie dazu qualificiren, wenn der Fall einer Justizverweigerung vorhanden wäre.

Allein, dieß gehe schon aus der, übrigenß überhaupt schlecht verfaßten und nicht gehörig belegten, Vorstellung keineswegs hervor. Die Beschwerde gehe nicht dahin, daß das rechtliche Gehör verweigert worden, sondern die Darstellung zeige vielmehr das Gegentheil. Die Beschwerde sey darauf gerichtet, daß von den Behörden nicht recht verfahren, daß Un-

gerechtigkeiten begangen worden. Wenn man auch dieses als richtig annehmen wolle, so hätte die Bundesversammlung hierüber keine Cognition zu nehmen, sondern die Reclamanten müßten solches, so viel ihnen noch Rechtsmittel übrig blieben, vor den Landesgerichten ausführen.

Da also eine Justizverweigerung gar nicht vorhanden sey; so würden die Reclamanten dießorts ab- und an die betreffenden Gerichtshöfe zu verweisen seyn, ohne daß man nöthig hätte, vorher eine Erklärung des Königlich-Württembergischen Herrn Gesandten sich zu erbitten.

Daß am Ende der Reclamationschrift gestellte Petitum sey vollends so ungereimt, daß dasselbe gar keiner weitem Würdigung bedürfe, und man nicht begreifen könne, wie es möglich gewesen sey, daß es von einem Rechtsgelehrten mitunterzeichnet worden.

Des Herrn Referenten Antrag gieng demnach dahin, daß die Reclamanten von der hohen Bundesversammlung ab- und an die betreffenden Gerichtshöfe zu verweisen wären.

Sämmtliche Gesandtschaften waren damit einverstanden; daher

B e s c h l u ß:

daß die Reclamanten von der Bundesversammlung ab- und an die betreffenden Gerichtshöfe verwiesen werden.

§. 123.

Einreichungs-Protokoll.

Nachbenannte Privat-Reclamationen wurden an die betreffenden Commissionen verwiesen:

Num. 67, einger. am 4. Mai, von Advocat Schmidt zu Aschaffenburg, als Curator der Hofkammerrath Winkoppischen Concurdmasse, in Betreff einer Forderung an die vormalige Reichsoperationssasse von 4,332 fl.

Num. 68, einger. am 6. Mai, von Dr. Ehrmann dahier, Legitimation als Anwalt des Handelsmann Molinari.

Folgen die Unterschriften.

Sechzehnte Sitzung.

Geschehen, Frankfurt den 13. Mai 1822.

In Gegenwart

aller in der vorigen Sitzung Anwesenden.

§. 124.

Gesuch des Servatius Götz, Schaffners des aufgelösten Klosters Weissenfrauen zu Mainz, Pension betreffend.

(24. Sitz. S. 142 v. J. 1820.)

Der Königlich-Sächsische Bundestagsgesandte, Herr von Carlowitz: hält Vortrag über das Num. 54 und 55 des Einreichungs-Protokolls vom Jahre 1822 erneuerte Sustentationsgesuch des Servatius Götz.

Derselbe bemerkt: daß Götz bei der im Juli 1802 von der französischen Regierung verfügten Aufhebung des Weissenfrauen-Klosters zu Mainz seine Stelle als Schaffner dieses Klosters verloren habe, ohne Sustentation zu erhalten; was in Bezug auf seine dießfalligen Reclamationen in der 12., 17., 18. und 24. Sitzung vom Jahre 1820 verhandelt worden sey; daß dermalen noch die von der Großherzoglich-Hessischen und Herzoglich-Nassauischen Bundestagsgesandtschaft erbetene Nachricht, über die Verwandniß, welche es mit den Besitzungen dieses Klosters habe, und über die Gründe, weshalb er mit seinem bei der Herzoglich-Nassauischen Regierung angebrachten Sustentationsgesuche abgewiesen worden sey, zurückstehe, und daß der Reclamant jetzt wiederholt gebeten habe, ihm, nach dem Verhältnisse der theils an das Großherzogthum Hessen, theils an das Herzogthum Nassau gekommenen Besitzungen des Klosters, eine Sustentation zu reguliren, zu dem Ende aber die Großherzoglich-Hessische Regierung zu baldiger Vorlegung der von ihr erwarteten dießfalligen Aufschlüsse zu veranlassen.

Hierauf ertheilt der Herr Referent folgendes Gutachten:

Die Competenz der hohen Bundesversammlung in Angelegenheiten, welche die Sustentation der Individuen der zu dem vormaligen deutschen Reiche gehörigen, auf den Grund des Lunéville Friedens von 1801 und des Reichsdeputations-Hauptschlusses von 1803 aufgehobenen, geistlichen Stifter betreffen, ist durch den 15. Artikel der Bundesacte bestimmt.

Dieser lautet, so weit er hierauf Bezug hat:

« Die durch den Reichsdeputations-Schluß vom 25. Februar 1803 getroffenen Verfügungen, in Betreff des Schuldenwesens und festgesetzter Pensionen für geistliche und weltliche Individuen, werden von dem Bunde garantirt. ».

« Die Berathung über die Regulirung der Sustentationscasse und der Pensionen für die übrerrheinischen Bischöfe und Geistlichen, welche Pensionen auf die Besitzer des linken Rheinufers übertragen werden, ist der Bundesversammlung vorbehalten.

« Diese Regulirung ist binnen Jahresfrist zu beendigen; bis dahin wird die Bezahlung der erwähnten Pensionen auf die bisherige Art fortgesetzt ».

Hieraus ergibt sich:

1) daß die hohe Bundesversammlung verpflichtet sey, denjenigen Individuen, welche nach dem Reichsdeputations-Hauptschlusse von 1803 von den damaligen Adquirenten der auf der rechten Rheinseite befindlichen Besitzungen ihres Stifts eine Sustentation zu fordern berechtigt waren, auf Anrufen zu dem Empfange derselben zu verhelfen;

2) daß dieselbe ferner verpflichtet sey, auf Anrufen dafür zu sorgen, daß diejenigen Individuen der transrhenanischen Stifter eine angemessene Sustentation erhalten, welche nach der, §. 75 des Reichsdeputations-Hauptschlusses gegründete, transrhenanische Sustentationsanstalt bis zum Jahre 1815 eine Unterstützung erhielten, und seitdem, nach der Bundesacte, von den Besitzern des linken Rheinufers Pensionen zu empfangen haben;

3) daß selbige aber von der Sustentation solcher stiftischen Individuen, welche nicht zu einer der obigen beiden Classen gehören, keine Kenntniß zu nehmen habe.

Nun war zwar Götz, als Schaffner des Weissenfrauen-Klosters zu Mainz, Diener eines, auf den Grund des Lunéville's Friedens aufgehobenen, transrhenanischen Stifts, er gehörte aber nicht zu denjenigen Individuen, welche aus der transrhenanischen Sustentationscasse eine Unterstützung erhielten. In dieser Beziehung ist also für die hohe Bundesversammlung kein Grund vorhanden, über sein Sustentationsgesuch zu cognosciren.

Allein, derselbe führt an, daß das Kloster Eigenthum auf der rechten Seite des Rheins besessen habe, welches durch den Reichsdeputations-Hauptbeschuß in den Besitz deutscher Regierungen, namentlich des Herzogthums Nassau, gekommen sey, und daß deshalb den übrigen drei Gliedern dieses Klosters eine Pension von 177 fl. 25 kr. jährlich verabreicht werde.

Die hohe Bundesversammlung muß daher zuvörderst erörtern, ob Götz, dessen Eingaben durchaus sehr mangelhaft abgefaßt sind, nicht etwa in die Classe derjenigen Individuen transrhenanischer Stifter gehöre, welche, nach dem Reichsdeputations-Hauptschlusse, von den Adquirenten der auf der rechten Rheinseite befindlich gewesenen Parzellen des Eigenthums dieser Stifter eine Sustentation zu bekommen hatten? und sodann darüber Beschluß fassen,

ob entweder derselbe mit seinem Gesuche definitiv von hier abzuweisen, oder ob, und solchenfalls von welchen Regierungen und in welcher Weise ihm eine lebenslängliche Sustentation zu verschaffen sey?

Zu Beurtheilung dieser Fragen ist aber allerdings nöthig, zu wissen, welche Verhältniß es mit den Besitzungen des Klosters gehabt habe, und aus welchen Gründen Götz mit seinem Sustentationsgesuche von der Herzoglich-Nassauischen Regierung, als selbige bereits im Jahre 1820 darüber cognoscirte, abgewiesen worden sey.

Daher trägt der Herr Referent dahin an:

1) den Reclamanten Götz mit seinem Sustentationsgesuche, in so weit selbiges auf die Verhältnisse der transrhenanischen Sustentationsanstalt gegründet seyn sollte, weil er aus letzterer eine Unterstützung niemals erhalten hat, abzuweisen; übrigenß

2) die Großherzoglich-Hessische Bundestagsgesandtschaft zu ersuchen, daß sie, in so fern ihrer höchsten Regierung Besitzungen des Weissenfrauen-Klosters zu Mainz auf der rechten Rheinseite zugefallen seyn sollten, Auskunft über selbige ertheile, und eben so auch

3) an die Herzoglich-Nassauische Bundestagsgesandtschaft das Ersuchen gelangen zu lassen, daß selbige sowohl über die angeblich ihrer höchsten Regierung zugefallenen Besitzungen dieses Klosters auf der rechten Seite des Rheins, als auch über die Gründe, weshalb der Reclamant mit seinem früher an diese Regierung gerichteten Sustentationsgesuche abgewiesen worden ist, Aufschluß gebe; hiermit aber

4) noch den Antrag zu verbinden, daß, da der Reclamant, seinem Anführen nach, 83 Jahre alt und in einer hülfbedürftigen Lage ist, auch auf sein bereits seit mehreren Jahren an die hohe Bundesversammlung gerichtetes und oft wiederholtes Gesuch noch nicht hat beschieden werden können, die erbetene Auskunft baldigst ertheilt werde.

Gämmtliche Gesandtschaften stimmten dem Herrn Referenten bei; daher

B e s c h l u ß :

- 1) daß Servatius Götz mit seinem Sustentationsgesuche, in so weit solches auf die Verhältnisse der transrhenanischen Sustentationsanstalt gegründet werde, weil er aus letzterer eine Unterstützung niemals erhalten habe, abzuweisen sey;
- 2) was aber die Ansprüche betreffe, welche er aus dem Reichsdeputations-Hauptschlusse abzuleiten und wegen der etwa am rechten Rheinufer gelegenen Stiftsgüter zu haben vermeine, so wäre die Großherzoglich-Hessische Bundestagsgesandtschaft zu ersuchen, daß sie, in so fern ihrer höchsten Regierung Besitzungen des Weissenfrauen-Klosters zu Mainz auf der rechten Rheinseite zugefallen seyen, Auskunft über selbige ertheile, dergleichen

- 3) an die Herzoglich-Ressauische Bundestagsgesandtschaft das Ersuchen gelange, daß sie sowohl über die angeblich ihrer höchsten Regierung zugefallenen Besizungen des erwähnten Klosters auf der rechten Rheinseite, als auch über die Gründe, weshalb der Reclamant mit seinem früher an diese Regierung gerichteten Sustentationsgesuche abgewiesen worden sey, Aufschluß gebe, und
- 4) diese Aufschlüsse, in Anbetracht des hohen Alters des Reclamanten, baldigst zu ertheilen gebeten werde.

§. 125.

Vorstellung des Landwehr-Hauptmanns Nuth zu Fulda, rückständigen und laufenden Gehalt betreffend.

Der Königlich-Württembergische Herr Bundestagsgesandte, Freiherr von Wangenheim: erstattet Vortrag über die unter den Num. 28, 65 und 107 des vorigen, und Num. 65 dieses Jahres eingereichten Vorstellungen des Landwehr-Hauptmanns Nuth zu Fulda, rückständigen und laufenden Gehalt betreffend, wornach derselbe bittet, daß ihm sein Gehaltsrückstand mit den Verzugszinsen ausbezahlt, und ihm, vom 1. Jänner 1820 an, sein voller Gehalt gegeben werde, im Entstehungsfalle des einen oder des andern aber sämtliche Participanten des Departements Fulda hiezu nach den einschlagenden Staatsverträgen bewogen werden möchten.

Der Herr Referent äusserte hierauf gutachtlich:

Der Reclamant sey, nach einer beglaubigten Beilage seiner Vorstellung, am 17. Februar 1814 als Hauptmann bei dem Landwehrbataillon des Fürstenthums Fulda und zwar von dem damaligen General-Gouvernement angestellt worden. Da nun das Großherzogthum Frankfurt erst durch die Wiener Congressacte rechtlich aufgelöst, der Reclamant also von der damals bestandenen höchsten Behörde des Großherzogthums in einem Theile desselben als Militärdiener angestellt worden, so berufe er sich (vorausgesetzt, daß es mit dem genannten Landwehrbataillon keine besondere Bewandniß habe) mit Recht auf Art. 45 der Wiener Congressacte, welcher ihm, wenn er fortzudienen wolle, wozu er sich nach seiner beglaubigten Versicherung anerbieten habe, den Fortgenuß seines vollen Gehalts versichere. Nach dem ebenfalls beglaubigt anliegenden Protokollauszug der Fuldaer Ausgleichungs-Commission erhalte er aber nur die Hälfte seiner Gage, und wende sich deshalb an die Bundesversammlung.

Daß der von dem Reclamanten für sich angezogene Art. 45 der Wiener Congressacte, und der damit in Verbindung gebrachte Art. 59 des Reichsdeputations-Hauptschlusses, die Entscheidungsquellen seyen, leide ganz und gar keinen Zweifel.

Die Frage könne nur die seyn: ob nicht besondere Umstände obwalteten, welche die Anwendung-jener an sich verpflichtenden Normen auf den einzelnen Fall unzulässig machten?

Diese Frage sey aber nicht vor der Bundesversammlung, sondern allein vor dem zuständigen Richter zu ventiliren.

Der im 30. Artikel der Schlußacte vorgesehene Fall trete hier nicht ein: denn entweder sey Sachsen-Weimar allein, oder es seyen, was nach Obigem der wahrscheinlichere Fall wäre, alle bei der Vertheilung der Fuldaer Departemental-Lasten beteiligten Regierungen vor dem zuständigen Richter zu belangen.

Für Fälle der Art wäre eine Einrichtung vorgeschlagen worden, welche es Privatpersonen möglich machen sollte, die ihnen gemeinsam verpflichteten Bundesglieder vor Einem Gerichtshofe zu belangen. Dieser Vorschlag habe aber nicht nur noch keine gesetzliche Kraft erhalten, sondern die Königlich-Preussische Regierung habe eine solche Einrichtung bereits für überflüssig erklärt. Denn entweder seyen die Staaten solidarisch verbunden oder nicht. Seyen sie es, so könnten die Privaten jedes einzelne Bundesglied auf das Ganze belangen, wo dann dasselbe den übrigen litern denunciiren oder später an ihnen seinen Regreß suchen werde. Seyen sie nicht solidarisch verbunden, so sey die Verbindlichkeit zwischen ihnen entweder ungewiß — dann trete der Fall des 30. Artikels der Schlußacte ein; oder sie sey gewiß — und dann könne jedes einzelne Bundesglied, auf seinen Antheil, bei dem competenten Landesgerichte belangt werden.

Unter diesen Umständen nehme Referent keinen Anstand, den Antrag darauf zu richten:

daß der Reclamant mit seinem angebrachten Gesuche von dieser hohen Versammlung ab-, und, falls er sich damit durchzukommen getraue, auf den gerichtlichen Weg verwiesen, davon aber der Anwalt des Reclamanten in Kenntniß gesetzt werde.

Sämmtliche Gesandtschaften stimmten dem Herrn Referenten bei; daher

B e s c h l u ß :

daß der Reclamant mit seinem angebrachten Gesuche ab-, und, falls er sich damit durchzukommen getraue, auf den gerichtlichen Weg verwiesen, davon aber der Anwalt des Reclamanten in Kenntniß gesetzt werde.

§. 126.

Gesuch mehrerer ehemaligen Fuldaischen Hofdiener, Gehaltsrückstand betreffend.

Ebender selbe: trägt das Gesuch mehrerer ehemaligen Fuldaischen Hofdiener (des M. Müller, G. Kolb, Joh. Eckard, P. Blatsched, Fr. Ripp, Fr. Ritter, Joh. Guting und der Ad. Reidelbach's Witwe) vor — s. Einr. Prot. Num. 110 v. J. 1820, Num. 30, 66 83 und 106 v. J. 1821 — worin sie bitten,

daß die hohe Versammlung bei den allerhöchsten Besitzern des ehemaligen Fürstenthums Fulda die constitutionelle Vermittlung dahin eintreten lassen möge, daß die benannten acht Individuen ihre Rückstände nebst den Vorzugszinsen aus Milde und Gnade erhalten, im Entstehungsfalle jedoch ein Austrägalgericht veranlaßt werde, welches über diese Ansprüche nach Grundsätzen des Rechts und der Gerechtigkeit entscheide.

Der Herr Referent hält dafür:

So viel die Supplicanten vielleicht für sich hätten, und so bedauernswürdig auch ihr Zustand seyn möge; so nehme Referent um deswillen, weil ihre Angaben für bescheinigt nicht zu achten seyen, dennoch Anstand, auf die gebetene Verwendung ausdrücklich anzutragen, vielmehr glaube er, aus den bei der Reclamation des Hauptmanns. Auth zu Fulda angeführten Gründen, seinen Antrag dahin richten zu müssen:

dieselben dießseits ab-, und, falls sie im Wege der Gnade zu einer Entschädigung nicht gelangen, dagegen auf dem gerichtlichen Wege fortzukommen sich getrauen sollten, lediglich auf diesen hinzuweisen; davon aber ihren Anwalt in Kenntniß zu setzen.

Unter allgemeiner Zustimmung zu diesem Antrage, wurde

b e s c h l o s s e n:

daß die Reclamanten von der Bundesversammlung ab-, und, falls sie im Wege der Gnade zu einer Entschädigung nicht gelangen sollten, dagegen auf dem gerichtlichen Wege fortzukommen sich getrauten, lediglich auf diesen hinzuweisen seyen; wovon der Anwalt derselben in Kenntniß zu setzen wäre.

§. 127.

Bitte des Peter Blatsched zu Fulda, Pension betreffend.

(8. Stg. S. 48 v. J. 1821.)

Ebenderfelbe: erstattet Vortrag über die Eingaben des Peter Blatsched (Num. 1 u. 67 v. J. 1821 und Num. 17 v. J. 1822), worin Reclamant um nochmalige schleunige Verwendung bittet, damit ihm sein volles Deputat von 400 Gulden ausgezahlt, und ihm in keinem Falle ein provisorischer Abzug gemacht werden möge.

Der Herr Referent war hierauf der Meinung:

Was die erste Bitte betreffe, so scheine, nach einem von dem Großherzoglich- und Herzoglich-Sächsischen Herrn Bundestagsgesandten gefälligst mitgetheilten Berichte des Großherzoglich-Weimarischen Commissarius in Fulda, die Zurückhaltung des Weimarischen Antheils daher zu kommen, daß Sachsen-Weimar diesen Antheil wegen Ueberhinleistung am

Personal-Entschädigungs-Etat, und daraus begründeten Entschädigungs-Ansprüchen an Preussen, an diese Krone überweisen zu können glaube.

Es trete hier der im Art. 30 der Schlußacte vorgesehene Fall ein. Da jedoch das Object so geringfügig, die Lage des Supplicanten aber so gedrückt zu seyn scheine; so dürfe Sr. Königlichen Hoheit dem Herrn Großherzoge von Sachsen-Weimar durch dessen Herrn Bundestagsgesandten der Wunsch auszudrücken seyn, daß Höchstderselbe, salvo regressu, die Befriedigung des Reclamanten einstweilen übernehmen möge.

Was aber die zweite Bitte betreffe, so gebe der Reclamant den Betrag seiner Besoldung ursprünglich selbst nur auf 270 Gulden an. Diese seyen ihm als Pension belassen worden. Nun spreche er aber, als Ersatz für doppelte Livree und einige andere kleine Emolumente, noch weitere 122 Gulden an.

Nach einer allgemeinen Verfügung der Fuldaer Ausgleichungs-Commission fielen aber jene Emolumente weg.

Der vorige Referent wäre daher der Meinung gewesen, daß sich der Reclamant bei jener Verfügung zu beruhigen habe, und es sey in der 31. Sitzung v. J. 1820 auf dessen Antrag beschlossen worden:

den allerhöchsten und höchsten Theilhabern am ehemaligen Fürstenthume Fulda die Ueberzeugung auszudrücken, daß dieser Pensionär mit den übrigen pensionirten Hofdienern in diesem Puncte werde gleich behandelt werden.

Unter diesen Umständen werde, in Beziehung auf diese zweite Bitte, bei jenem Beschlusse zwar zu beharren, demselben jedoch (nach dem bei der Reclamation des Hauptmanns Auth zu Fulda aufgestellten Gesichtspuncte) zu überlassen seyn, ob er die Anerkennung seines vermeintlichen Rechts auf gerichtlichem Wege, der ihm nicht versperrt werden könne, suchen wolle.

Unter allgemeiner Zustimmung zu diesem Antrage, wurde
b e s c h l o s s e n :

1) Sr. Königlichen Hoheit dem Großherzoge von Sachsen-Weimar und Eisenach durch Höchstdessen Bundestagsgesandtschaft den Wunsch auszudrücken, daß Höchstderselbe, salvo regressu, die Befriedigung des Reclamanten einstweilen übernehmen möchte; sodann

2) unter Bezug auf die in dem Beschlusse v. J. 1820 (31. Sitz. S. 175) enthaltenen Anträge, welche man andurch an die allerhöchsten und höchsten Theilhaber des Fürstenthums Fulda erneuere, dem Reclamanten zu überlassen, ob er die Anerkennung seines vermeintlichen Rechts auf gerichtlichem Wege, der ihm nicht versperrt werden könne, suchen wolle.

§. 128.

Vorstellung des Nonnen-Convents ad Sanctam Mariam in Fulda, rückständige Gefälle betreffend.

Derselbe Herr Gesandte trägt das unter Num. 13 u. 96 v. J. 1821 eingereichte Gesuch des Nonnen-Convents ad Sanctam Mariam zu Fulda, rückständige Gefälle betreffend, vor, worin dieses Convent bittet:

den an dem aufgelösten Departement Fulda theilhabenden Regierungen die baldigste und gütliche Erledigung dieser Reclamation nicht nur zu empfehlen, sondern sie auch im Entstehungsfalle zu veranlassen:

- 1) die Ueberweisung und Bezahlung der liquidirten Rückstände bis zur Vertheilung des Landes vorzunehmen;
- 2) zu bestimmen, daß die quästionirten Renten als Central-Lasten zu betrachten und zu leisten seyen, im schlimmsten Falle aber zu verordnen, daß die Regierungen von Baiern, Hessen und Weimar, als Sachbesitzer, die Zahlung ohne Verzug zu leisten haben.

Ferner bitten die Reclamanten noch

um Anempfehlung der Beschleunigung der Auseinandersetzung über die Rückzahlung der Frankfurter Cassenscheine, nebst Zinsen.

Hierauf stellte der Herr Bundestagsgesandte, Freiherr von Wangenheim, folgenden Gutachten und Antrag auf.

Es tritt hier der im Art. 30 der Schlußacte vorgesehene Fall ein, indem die Reclamanten zur Befriedigung ihrer Forderung um deswillen nicht gelangen zu können behaupten, weil die Verbindlichkeit dazu unter mehreren Bundesgliedern nicht regulirt, also zweifelhaft sey.

Diese hohe Versammlung scheint daher vor allen Dingen auf eine gütliche Vereinigung hinwirken zu müssen.

Der nächste Schritt dazu ist die Aufklärung der factischen und rechtlichen Verhältnisse.

Sämmtliche Gesandtschaften waren vollkommen mit dem Herrn Referenten einverstanden; es wurde daher nach dessen bestimmten Antrage

b e s c h l o s s e n :

die Herren Gesandten der bei der Fuldaer Departemental-Ausgleichung theilhabenden allerhöchsten und höchsten Regierungen, vorzugsweise aber die der Königlich-Baierischen, Kurfürstlich-Hessischen und Großherzoglich-Sachsen-Weimarischen Regierungen, zu ersuchen, dafür Besorg zu seyn, daß die erforderliche factische und rechtliche Aufklärung über die Reclamation des Nonnenklosters ad Sanctam Mariam zu Fulda binnen 6 Wochen an diese hohe Versammlung ertheilt, davon aber der Anwalt der Reclamanten in Kenntniß gesetzt werde.

§. 129.

Bitte der Witwe Vollmöller zu Fulda, um Pension.

Ebenderselbe: giebt Kenntniß von der Eingabe der Witwe Vollmöller (Num. 19 vom Jahre 1821), welche bittet, ihr als Witwe eines Fuldaischen Staatsdieners eine Pension zuuerkennen, und die Fuldaische Ausgleichungs-Commission zu deren Bezahlung anzuweisen.

Der Herr Referent ist der Meinung, daß ein gesetzliches Recht auf Pension die Bittstellerin nicht zu haben scheine, auch nehme sie ein solches gar nicht in Anspruch; daß ihr aber die Bundesversammlung keine Pension decretiren könne, sey keinem Zweifel unterworfen. Es bleibe daher, sollten ihre Umstände auch noch so traurig seyn, nichts übrig, als die Reclamantin mit ihrem Gesuche ab, und an die Gnade der das Fürstenthum Fulda theilenden Bundesglieder zu verweisen.

Sämmtliche Gesandtschaften waren damit einverstanden; daher

B e s c h l u ß :

daß die Witwe Vollmöller ab, und an die Gnade der an dem Fürstenthume Fulda theiligten Regierungen verwiesen werde.

§. 130.

Vorstellung mehrerer Fuldaer Staatsdiener, Besoldungs- und Pensionsrückstand betreffend.

Ebenderselbe: trägt die Eingabe des Regierungsdirectors Herquet für sich und mehrere Fuldaer Staatsdiener (Num. 10 d. J.) vor, worin dieselben anzeigen, daß die Forderungen, welche sie in der Eingabe Num. 64 vorigen Jahres zur Kenntniß dieser hohen Versammlung gebracht hätten, nunmehr von Preussen befriedigt seyen, und daher der Versammlung für ihre hohe Verwendung dankten.

Nach dem Antrage des Herrn Referenten wurde die Sache als erledigt ad acta zu nehmen beschloffen.

§. 131.

Bitte der Testaments-Executoren des letztverstorbenen Kurfürsten von Trier, um Erledigung der zwischen den souverainen Besitzern der Bestandtheile des vormaligen Großherzogthums Frankfurt über die Auszahlung des liquid anerkannten Pensionsrückstandes von 25,804 fl. 19 kr. an die Erben des Kurfürsten von Trier bestehenden Differenzen.

(13. Sitz. §. 85 v. J. 1821.)

Ebenderselbe: erstattet Vortrag auf die neuesten Eingaben des Bevollmächtigten der Kurtrierischen Testaments-Executoren (Num. 75 v. J. 1821 und Num. 57 v. J. 1822) in eben angegebenen Betreffe, worin gegeben wird,

daß die Entscheidung der Vorfrage durch ein Austrägalgericht veranlaßt werde.

Der Herr Referent äussert darüber folgendes Gutachten:

Es läßt sich keineswegs läugnen, daß auf die dringende Empfehlung der Bundesversammlung bis jetzt, d. h. nun über 13 Monate, keine Rücksicht genommen wurde, und daß der Termin von zwei Monaten, in welchem die Sache gütlich beendet oder bei dem Compromißgerichte angebracht seyn sollte, längst verfloßen ist; es also den Reclamanten gar nicht verargt werden kann, wenn sie auf ihrem Rechte bestehen, und nun die Vorfrage nach den Bestimmungen des Art. 30 der Schlußacte entschieden haben wollen. Es scheint gegen dieses Begehren durchaus nichts einzuwenden zu seyn, indem sie mit einer als liquid anerkannten Forderung nicht zu ihrer Befriedigung gelangen können, weil es unter mehreren Bundesgliedern streitig ist, welches derselben, oder in welchem Verhältnisse alle oder mehrere derselben zu derselben passiv legitimirt seyen.

Nach den Bestimmungen des Art. 30 müßte denn also nun von der Bundesversammlung die Einleitung in das geforderte und als zulässig erkannte Austrägalverfahren dahin getroffen werden, daß eine Commission niedergesetzt würde, um die gütliche Vermittlung zu versuchen, und Referent trägt auch auf diese Verfahrensart an, wenn nicht aus den in dem früheren Vortrage angeführten Gründen, daß nämlich die Frankfurter Ausgleichungs-Commission alles mögliche werde gethan haben, um die Sache zu einem gütlichen Ausgange zu bringen, aber schon damals die betheiligten Staaten daran verzweifelt und deswegen auf ein Compromißgericht angetragen haben, wenn nicht aus diesen Gründen und weil ferner schon in dem Beschlusse der 13. Sitzung v. J. die Bundesversammlung auf die (wirklich erfolgte) Nichtannahme des vorgeschlagenen Compromißgerichtes von Seiten Kurheßens und Frankfurts das Präjudiz des eintretenden Austrägalverfahrens setzte, es diese hohe Versammlung für unnöthig halten sollte, noch einmal einen, doch wahrscheinlich fruchtlosen, Vergleichsversuch anzunehmen, sondern vielmehr dabei beharren würde, sogleich mit Ernennung des Austrägalgerichtes zu beginnen.

Diesem Verfahren steht jedoch der Zweifel entgegen, welche von den Regierungen die Rolle der Kläger und welche die Rolle der Beklagten zu übernehmen haben dürfte.

In dieser Beziehung scheint es dem Referenten, jener Verhältnisse ungeachtet, am gerathensten, den im 30. Art. der Schlußacte vorgeschriebenen Weg dennoch zu betreten und dem zufolge die Vermittlungs-Commission zu wählen.

Sämmtliche Gesandtschaften waren mit dem Gutachten des Herrn Referenten einverstanden; um jedoch alles zu erschöpfen, was zur näheren und gütlichen Erledigung Abiefern gelegenheit führen könnte, vereinigten sich sämmtliche Stimmen zu dem

B e s c h l ü s s e :

die Bundestagsgesandtschaften von Kurhessen und der freien Städte wegen Frankfurt zu ersuchen, ihre Erklärung baldmöglichst abzugeben: ob sie dem vorgeschlagenen Compromisse beitreten wollen, oder ob sie vorziehen, daß die Entscheidung in vorliegender Sache auf dem in dem Artikel 30 der Schlußacte bezeichneten Wege herbeigeführt werde?

§. 132.

Vorstellung des Peter Molinari zu Mainz, wegen Ersatzes für die während des Feldzuges vom Jahre 1813 in Widert an Kaiserlich-Oesterreichische Truppen abgegebenen 25 Stücke Wein.

Ebenderselbe: trägt eine Vorstellung des Peter Molinari zu Mainz vor (E. Pr. Num. 103 v. J.), wegen Entschädigung für 25 Stücke Wein, die er im J. 1813 auf Requisition an durchmarschirende R. R. Truppen abgegeben habe. Das Gesuch des Reclamanten geht dahin, daß die hohe Bundesversammlung sich für ihn verwenden möge, damit er zu seiner auf 20/sm Gulden berechneten Entschädigung gelange, daher nach Art. 30 der Wiener Schlußacte die Ausgleichung im gütlichen Wege eingeleitet werde.

Der Herr Referent äußert hierüber folgendes Gutachten:

Die Competenz der Bundesversammlung kann keinem Zweifel in einem Falle unterworfen seyn, in welchem der Art. 30 der Schlußacte angerufen wird. Zu untersuchen wird allein seyn, ob der Fall wirklich zu denen gehöre, für welche jene Bestimmungen getroffen worden sind. Es scheint nun allerdings diese Frage zu bejahen. Nach der im Originale anliegenden Antwort des R. R. Generalcommissärs, Freiherrn von Handel, v. 24. October 1816, wurde der Reclamant von Oesterreich ab- und an die Gemeinde Widert oder an das Herzogthum Nassau aus dem Grunde gewiesen, weil der Wein in ordentlichem Wege requirirt worden sey. Nach den ebenfalls in originali beigelegten Resolutionen der Herzoglich-Nassauischen Regierung v. 6. October 1818 und des Staatsministeriums v. 2. Juli und 13. November 1819 wird aber von dort der Bittsteller wiederholt und zwar aus dem Grunde abgewiesen, weil der Wein nicht auf ordentlichem Wege requirirt worden, sondern durch Militär-Excesse verloren gegangen sey; wesswegen denn auch weder die Gemeinde, noch das Herzogthum verbunden sey, seine Forderung zu befriedigen. In diesen abschlägigen Decreten wird zwar der Bittsteller nicht ausdrücklich an Oesterreich verwiesen; allein die Sache selbst bleibt die nämliche. Denn, wenn Nassau behauptet, der Reclamant sey durch einen unrechtlichen Exceß Oesterreichischer Generale und Truppen um sein Eigenthum gebracht worden, und deshalb seine Forderungen nicht befriedigen will, so kann diese Erklärung, wenn sie den Reclamanten nicht gänzlich rechtlos machen soll, nichts anderes meinen, als derselbe habe sich um seine Entschädigung an Oesterreich zu wenden, an Oesterreich, das ihn früher schon an

Nassau wies. Es scheint also die Bedingung des Art. 30, daß Forderungen von Privatpersonen nicht befriedigt werden können, weil die Verpflichtung, denselben Genüge zu leisten, zwischen mehreren Bundesgliedern zweifelhaft oder bestritten ist, allerdings vorhanden zu seyn.

Da nun die Bestimmungen jenes Artikels der Schlußacte auf Anrufen betheiligter Privatpersonen in Vollzug gesetzt werden müssen, so würde, wenn sich die Sache wirklich so verhielte, der Antrag des Referenten dahin gehen,

daß eine Commission von drei Mitgliedern niedergesetzt werde, welche, nach den Bestimmungen des Art. 30 der Schlußacte, eine gütliche Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Nassau in der angebrachten Sache versuche.

Sollte hingegen das Herzoglich-Nassauische Gouvernement anerkennen, daß die Krone Oesterreich zu einem Schadensersatze an den Reclamanten um desswillen nicht verbunden sey, weil der Schaden durch keinen eigentlichen Militärexcess verursacht worden wäre, und sollte dasselbe dagegen behaupten, daß der Reclamant nach den Landesgesetzen etwa um desswillen, weil er die Vorschrift jener Gesetze entweder gar nicht oder nicht gehörig beobachtet habe, auf Entschädigung gar keinen rechtlichen Anspruch habe — dann würde nichts übrig bleiben, als denselben lediglich an das competente Landesgericht zu verweisen.

Unter diesen Umständen glaubt Referent vorläufig den Antrag stellen zu dürfen,

dem Herzoglich-Nassauischen Herrn Bundestagsgesandten die Reclamation des Handelsmanns Peter Molinari zu Mainz sub voto remiss. im Originale mitzutheilen, und denselben zu ersuchen, darüber, in einer Frist von vier Wochen, die Erklärung seiner höchsten Regierung beibringen zu wollen.

Hierauf vereinigte man sich zu dem

B e s c h l u s s e:

die Herren Bundestagsgesandten der beiden allerhöchsten und höchsten Höfe um baldgefällige Erklärung hierüber zu ersuchen.

§. 133.

Gesuch des Grafen von Marschall, vormaligen Großherzoglich-Franfurtischen Gesandten am Kaiserlich-Königlichen Hofe, Pension betreffend.

(32. Sitzg. S. 244 d. 3 1821.)

Ebenderseibe trägt vor: In der 25. Sitzung vom 28. Juni 1821 sey von dieser hohen Versammlung beschlossen worden, die betreffenden Bundesregierungen zu ersuchen, ob sie geneigt seyen, nach dem buchstäblichen Inhalte des §. 59 des Reichsdeputations-Hauptschlusses, die Pension des Grafen Marschall von 4000 Gulden auf die Hälfte seiner Besoldung von angeblichen 12,000 Gulden zu erhöhen, oder ob sie es vorzögen, über jenen Anspruch des

Reclamanten entscheiden zu lassen, in welchem letztem Falle sich die Regierungen noch zu bestimmen hätten, ob sie sich über ein gemeinschaftliches Gericht vereinigen oder jede sich besonders vor ihrem Landesgerichte belangen lassen wollte.

In diesem Beschlusse sey noch bemerkt gewesen: «Was übrigens den Betrag der Besoldung selbst anbelangt, so wäre eine nähere Untersuchung anzustellen, ob die Besoldung des Reclamanten zur Zeit der Auflösung des Großherzogthums wirklich nicht mehr in 11,000, sondern in 12,000 Gulden bestanden habe; zu welchem Ende der Herr Bundestagsgesandte derjenigen Regierung, welche im Besitze der Großherzoglich-Frankfurtischen Staatscasse, Rechnung sey, ersucht werde, sich für deren Herbeischaffung gefälligst zu verwenden».

Inzwischen (s. Einr. Prot. Num. 92 v. J. 1821) habe Graf Marschall durch zwei Originalbriefe, wovon der eine unter dem 7. März 1811 vom Minister von Eberstein an das Haus Bethmann, der andere unter dem 8. März 1811 von diesem Hause an den Grafen Marschall gerichtet ist, auf glaubwürdige Weise nachgewiesen, daß der damalige Großherzog von Frankfurt die Gehalte der Gesandten an den Höfen von Wien und München, vom 1. Januar 1811 an, auf 12,000 Gulden erhöht habe, so, daß also die Pension des Herrn Reclamanten in der That auf 6,000 Gulden jährlich berechnet werden zu dürfen scheine.

Auf jenen Beschluß habe sich nun die Großherzoglich-Sachsen-Weimarische Regierung in der 32. Sitzung vorigen Jahres, und zwar dahin erklärt, daß sie der Forderung des Reclamanten nicht entgegen sey, sich aber der Mehrheit der Stimmen anschließen wolle.

Da nun keine der übrigen theilnehmenden Regierungen auf keinen der von dieser hohen Versammlung gemachten Vorschläge irgend etwas erwiedert hätte, die Klaglosstellung des Herrn Reclamanten aber von diesem mit Recht gefordert werde; so trage Referent, in Gemäßheit jenes Beschlusses, darauf an,

daß der Graf Marschall mit seiner bescheinigten Forderung an die competenten Landesgerichte der theilnehmenden Regierungen um so mehr verwiesen werde, als der Maasstab, nach welchem die in Anspruch genommene Pension unter ihnen zu vertheilen, bereits ausgemittelt sey. — Von diesem Beschlusse wäre sodann der Herr Reclamant, unter Remission der oben erwähnten beiden Originalbriefe, in Kenntniß zu setzen.

Unter allgemeiner Zustimmung wurde dem Antrage gemäß

b e s c h l o s s e n :

daß der Graf von Marschall, unter Zurückstellung der vorgelegten Originalbriefe, mit seiner bescheinigten Forderung an die competenten Landesgerichte der theilnehmenden Regierungen um so mehr verwiesen werde, als der Maasstab, nach welchem die in Anspruch genommene Pensionserhöhung unter ihnen zu vertheilen, bereits ausgemittelt worden sey.

§. 134.

Reclamation der Gräflich-Hahn'schen Familie und der Curatel des Freiherrn Carl Reinhard von Gemmingen-Guttenberg, die Gleichstellung der Gläubiger der ehemaligen mittelhheinischen Reichsritterschaft betr.

(15. Sitz. §. 56 v. J. 1820.)

Ebenderselbe: bringt die Beschlüsse, welche über den so eben rubricirten Reclamationsgegenstand in den Jahren 1819 und 1820 gefaßt worden sind, in Erinnerung, und trägt vor:

Der Anwalt der Reclamanten habe am 15. April d. J. (S. 50) angezeigt, daß zwar, in Folge des Beschlusses v. 21. Juni 1819, die theilgenommenen Regierungen, zur Ausgleichung der von Seiten derselben an die Gläubiger zu leistenden Befriedigung, eine Commission ernannt, daß sich jedoch aus den Arbeiten derselben bis jetzt noch keineswegs diejenigen Resultate ergeben hätten, welche man, zufolge der von der Commission an den Tag gelegten Thätigkeit und guten Willen, zu erwarten berechtigt gewesen sey. Er bitte daher

um Einschreitung dieser hohen Versammlung, damit das ersohnte Ziel baldigst erreicht werde, und die Reclamanten, wenigstens hinsichtlich der rückständigen und laufenden Zinsen, von den bereitesten Mitteln der mittelhheinischen reichsritterschaftlichen Activen ihre Befriedigung erhalten möchten.

Unter diesen Umständen trage Referent darauf an, daß, wenn nicht binnen acht Wochen die Reclamanten von Seiten der theilgenommenen Regierungen klaglos gestellt werden könnten, dann der durch den Art. 30 der Schlußacte vorgeschriebene Weg, ohne weiteren Verzug, eingeschlagen, davon aber der Anwalt derselben in Kenntniß gesetzt werden möge.

Sämmtliche Stimmen traten dem Herrn Referenten bei; daher

B e s c h l u ß:

daß, wenn nicht binnen acht Wochen die Reclamanten von Seiten der theilgenommenen Regierungen klaglos gestellt werden können, der durch den Art. 30 der Schlußacte vorgeschriebene Weg, ohne weiteren Verzug, einzuschlagen, davon aber der Anwalt derselben in Kenntniß zu setzen sey.

§. 135.

Entschädigungsgesuch der ehemaligen Kurpfälzischen Erbpächter der Grafenauer- und Hemshöfe, wegen erlittener Kriegsschäden.

(33. Sitz. §. 205 v. J. 1819.)

Der Kurfürstlich-Hessische Herr Botschafts- und Gesandte von Langel: erstattet Vortrag auf die über die Entschädigungsforderung der ehemaligen Erbpächter der Grafenauer- und Hemshöfe bei Mannheim eingekommenen Erklärungen von Baden in der 26. Sitz.

v. 22. Juli 1819, von Baiern in der 33. Sitz. v. 9. Sept. 1819, und das Erinnerungsgesuch der Reclamanten vom 13. März 1822, Num. 42 des Einr. Prot.

Nachdem derselbe die Fragen, auf welche es bei Beurtheilung dieser Erklärungen ankommt, aufgestellt und erörtert hatte, machte erwähnter Herr Referent den nachfolgenden Antrag, welcher durch einhellige Zustimmung zum Beschluß erhoben wurde; daher

B e s c h l u ß :

1) Da die Bundesversammlung sich zur rechtlichen Entscheidung der Vorfragen: ob die Entschädigungsforderung der Reclamanten an den Kurpfälzischen Staat oder an das gesammte deutsche Reich zu richten sey? ferner: ob? und in welchem Verhältnisse die Krone Baiern zu deren Befriedigung verpflichtet sey? durchaus nicht für competent erachte, da vielmehr der Zweck der Bundesversammlung bei dem Beschlusse vom 29. April 1819 einzig und allein gewesen sey, den Reclamanten eine Gerichtsstelle zu verschaffen, vor welcher der im Jahre 1806 bei dem vormaligen Reichskammergericht begonnene Rechtsstreit fortgesetzt werden könne, und da ferner damals die Klage der Reclamanten nicht bloß gegen die Theilhaber der Pfalz rechter Rheinseite, sondern auch gegen Seine Majestät den König von Baiern, als für die Pfalz linker Rheinseite entschädigten Fürsten, angebracht worden sey; so wären die hierbei betheiligten Staaten, nämlich Baiern, Baden, Großherzogthum Hessen und Nassau, durch ihre Herren Bundestagsgesandten zu ersuchen, sich binnen kurzmöglichster Frist über ein Gericht zu vereinbaren, vor welchem der am Reichskammergericht begonnene Rechtsstreit fortgesetzt werden könne, und davon der Bundesversammlung die Anzeige zu machen, damit diese die Reclamanten dahin verweisen könne.

2) der Vortrag wäre loco dietaturae drucken zu lassen, und diesem Protokolle unter Zahl 17 anzufügen.

Der Königlich-Baierische und der Großherzoglich-Badische Herr Bundestagsgesandte erklärten ihre Bereitwilligkeit, hierüber alsbald Bericht an ihre Höfe zu erstatten.

§. 136.

Gesuch des Grafen Bieregg, eine Korngülte zu Pfeddersheim betr.

Ebenderseibe: trägt das Gesuch des Grafen von Bieregg zu Mannheim, um Wiederherstellung einer ihm entzogenen, auf der Cameral-Receptur Pfeddersheim (in der Großherzoglich-Hessischen Rheinprovinz) ruhenden Gülte von fünf Malter Korn, vor (Einr. Prot. Num. 80 v. J. 1820 u. Num. 25 v. J. 1822), und äussert im Wesentlichen folgendes Gutachten:

Die Competenz dieser hohen Versammlung dürfte durch den Artikel 30 der Wiener Schlussacte hinlänglich gerechtfertigt erscheinen. Die Liquidität der Forderung werde von

keiner Seite in Abrede gestellt; allein, die Verpflichtung, denselben Genüge zu leisten, sey bestritten.

Die Königlich-Baierische Regierung behaupte, diese Verpflichtung liege dem Besitzer der Cameral-Receptur Pfeddersheim, mithin der Großherzoglich-Hessischen Regierung ob, und diese, ohne die ursprüngliche Verpflichtung in Abrede zu stellen, behaupte, Baiern habe durch den 12. Artikel des unterm 28. Februar 1810 mit Frankreich geschlossenen Tractats, gegen Einräumung anderer Vortheile, die Verpflichtung, diese Rente zu bezahlen, übernommen. Die Großherzoglich-Hessischen Gerichte würden, gestützt auf diesen Tractat, den Reclamanten mit seiner Klage abweisen, die Königlich-Baierischen eine solche vielleicht gar nicht annehmen. So erhalte er zwei richterliche Bescheide und doch keine Befriedigung; der im Artikel 30 der Schlußacte vorgesehene Fall dürfte also hier ganz offenbar eintreten.

Nach dessen Vorschrift würde nun diese hohe Versammlung zuvörderst eine gütliche Ausgleichung zu versuchen haben. Der Bevollmächtigte des Reclamanten glaube zwar, nachdem die beiden Herren Bundestagsgesandten von Baiern und Hessen ihm auf seine privatim gemachten Vorstellungen, Namens Ihrer allerhöchsten Committenten, bereits ablehnende Antworten gegeben hätten; so würde ein solcher Versuch der Güte vergeblich seyn, und es könne daher sofort eine Austrägal-Entscheidung veranlaßt werden. Referent glaube aber, daß dieses nur dann umgangen werden dürfe, wenn die genannten Herren Gesandten amtlich erklärten, daß ihre allerhöchsten Höfe vorzögen, die Sache sogleich auf den richterlichen Weg zu verweisen. In diesem Falle würden sie dann sofort zu ersuchen seyn, sich über ein Compromiß oder über eine Austrägal-Instanz zu vereinigen, welches die streitige Vorfrage zu entscheiden hätte.

Diesemnach trage Referent darauf an, daß

1) die Competenz dieser hohen Versammlung aus dem 30. Artikel der Schlußacte ausgesprochen; dem zufolge

2) ein Ausschuß von drei Mitgliedern, um den vorgeschriebenen Versuch gütlicher Ausgleichung zu machen, ernannt, und an die Herren Bundestagsgesandten von Baiern und Großherzogthum Hessen das Ersuchen gestellt werde, bei ihren allerhöchsten Höfen die Einleitung zu treffen, damit sie selbst oder anderweite Bevollmächtigte mit hinlänglichen Instructionen zu den Vergleichsverhandlungen versehen würden; falls aber

3) einer oder der andere dieser allerhöchsten Höfe eine sofortige rechtliche Entscheidung vorziehen sollte, die Vereinigung über ein Compromiß oder eine Austrägal-Instanz, innerhalb einer Zeitfrist von vier bis sechs Wochen, zu bewirken.

Der Königlich-Baierische Herr Bundestagsgesandte äusserte, er beziehe

sich auf seine angezogene Erklärung in dieser Sache, habe jedoch nichts gegen die Einleitung einer Vermittlung zu erinnern.

Der Großherzoglich-Hessische Herr Bundestagsgesandte von Harnier: Die rechtliche Natur des Anspruchs betreffend, so kann die auf der ehemaligen Receptur Pfeddersheim gehaftete Gülte wohl nicht anders, denn als eine Kurpfälzische Kammer Schuld betrachtet werden, welche zu jenen

«Dettes, provenant de la partie du Palatinat, située sur la rive gauche du Rhin, et ne résultant pas de dépenses faites pour l'administration effective du pays» gehört, zu deren Bezahlung die Krone Baiern sich durch den §. 1 des Art. 12 des Vertrags vom 28. Februar 1810 gegen Frankreich anheischig gemacht hat. — Auf diesen Grund stützte sich, als der Reclamant seine Forderung bei Frankreich angebracht hatte, die abweisende Entscheidung des liquidateur général. Von dieser hätte der Reclamant in der gesetzlichen Zeit von drei Monaten an die obere Behörde, nämlich den Staatsrath, recurriren müssen. Dadurch, daß er dieß unterlassen, hat derselbe sich des Anspruchs an Frankreich und folglich auch an den Staat begeben, welchem in dem vorliegenden Falle Frankreichs Verbindlichkeiten und Rechte überkommen sind.

Das Großherzoglich-Hessische Aerar dürfte demnach wegen dieser Forderung auf keine Weise in Anspruch genommen werden können.

Was nun die von dem Herrn Referenten angetragene Behandlung der Sache bei dieser hohen Versammlung betrifft, so glaubt der Gesandte, ohne sich derselben zu widersetzen, darauf aufmerksam machen zu müssen, daß in der That hier kein eigentlicher oder wenigstens kein gewöhnlicher Austrägalfall vorliege, indem die Diesseite es ganz dahin gestellt seyn läßt, ob der Reclamant (wie man freilich glaubt) von Baiern seine Befriedigung fordern könne, und keineswegs nur darum, weil er etwa von Baiern zu befriedigen sey, ihn abweist, sondern auch in dem Falle, wenn Baiern zur Zahlung nicht verbunden seyn sollte, dennoch keine diesseitige Verbindlichkeit anzuerkennen hat, weil diese dem Großherzogthume nur als Nachfolger Frankreichs in Beziehung auf Pfeddersheim obliegen könnte, und weil solche, wäre sie bei Frankreich vorhanden gewesen und auch nicht auf Baiern übergegangen, dennoch dadurch erloschen seyn würde, daß der Reclamant sich bei der Entscheidung, so weit sie Frankreich berührte, ohne die, durch die damaligen Verhältnisse bedingte, gesetzliche Hülfe dagegen zu benützen, beruhigt hatte.

Die übrigen Stimmen traten dem Herrn Referenten bei; man schritt daher zur Wahl einer Commission von drei Mitgliedern.

Es wurden hierzu gewählt:

Herr von Carlowitz,
Herr von Lepel und
Herr Graf von Eyben;

daher

B e s c h l u ß:

1) daß sich die Bundesversammlung in der von dem Grafen von Bieregg angebrachten Reclamation für competent erkenne, und

2) die Herren Bundestagsgesandten von Carlowitz, von Lepel, und Grafen von Eyben ersuche, den Versuch gütlicher Ausgleichung zwischen Baiern und dem Großherzogthume Hessen zu machen, daher auch das Ersuchen an die Herren Bundestagsgesandten von Baiern und Großherzogthum Hessen gestellt werde, bei ihren allerhöchsten Höfen die Einleitung zu treffen, damit sie selbst oder anderweite Bevollmächtigte mit hinlänglichen Instructionen zu den Vergleichsverhandlungen versehen würden; falls aber

3) einer oder der andere dieser Höfe die rechtliche Entscheidung dieser Sache vorziehen sollte, die Vereinigung über ein Compromiß oder eine Austrägal-Instanz innerhalb einer Zeitfrist von vier bis sechs Wochen zu bewirken.

§. 137.

Vorstellung des Andreas Hegel, vormaligen Kurmainzischen Fouriers, vorenthaltene Gage von Seiten Nassau's betreffend.

Ebender selbe: theilt den Inhalt einer unter J. 95 vorigen Jahres eingereichten Vorstellung des Andreas Hegel, vormaligen Kurmainzischen Fouriers, dormalen zu Rülshheim, mit, worin der Reclamant bittet, die hohe Bundesversammlung wolle Se. Durchlaucht den Herzog von Nassau vermögen, daß Höchstderselbe ihm das rechtliche Gehör in dieser so klaren Sache nicht verweigere und ihm seinen ordnungsmäßigen Gehalt beibehalte und nachzahle.

Das Gutachten des Herrn Referenten geht dahin:

Man möge diese Angelegenheit im Allgemeinen aus dem Gesichtspuncte des 15. Artikels der Bundesacte, indem es sich von einer deputations-schlußmäßigen Pension handle, oder des Artikels 29 der Schlußacte betrachten, so werde die Competenz dieser hohen Versammlung begründet erscheinen.

Nach dem so eben erwähnten petitio solle man glauben, dem Reclamanten sey Herzoglich Nassauischer Seits das rechtliche Gehör versagt worden. Dieses sey doch keineswegs erwiesen; denn daraus, daß der Reclamant auf seine unterm 18. April 1820 an Se. Herzogliche Durchlaucht von Nassau eingereichte Vorstellung keine Entschliessung erhalten habe, läßt sich eine Justizverweigerung nicht folgern. Vielmehr sey keinem Zweifel unterworfen, daß die Nassau-

schen Gerichte eine auf den Deputations-Hauptschluß gestützte Klage gegen den Fideiuss annehmen würden, ohne daß es dazu einer besondern Autorisation von Seiten der Regierung bedürfe.

Ob aber der Reclamant auf dem Wege Rechtsens seine Ansprüche realisiren werde, das scheine dem Referenten sehr zweifelhaft. Eigenem Geständnisse zufolge sey der Reclamant schon im Jahre 1800 von einer schweren Krankheit befallen worden, die ihn körperlich und geistig undienstfähig gemacht habe; und aus einem seiner Vorstellung abschriftlich anliegenden Attestate des Königlich-Baierischen Ober-Kriegscommissariats zu Aschaffenburg gehe hervor, daß schon im Juli 1801 seine Stelle anderweit besetzt worden. Wahrscheinlich sey er also schon von der Kurmainzischen Regierung mit 11 Gulden 6 kr. monatlich pensionirt worden, und diese Summe werde ihm von Nassau richtig fortbezahlt. Freilich behauptete er in seiner Bittschrift an Se. Herzogliche Durchlaucht von Nassau, er habe gar nicht anders als mit Beibehaltung seines ganzen Gehaltes und aller Emolumente pensionirt werden können, und an einem andern Orte: er habe sich am 30. November 1802 in wirklichem Bezuge davon befunden; dieses aber stimme mit oben erwähntem Attestate nicht überein, und jenes möge schwer zu erweisen seyn.

In keinem Falle werde diese hohe Versammlung über den Grund oder Ungrund der Beschwerde entscheiden können; sie müsse dieses dem Gerichte überlassen. — Demnach dürfe der Reclamant lediglich an die Nassauischen Gerichte zu verweisen seyn, und würden ihm viel leicht, um ihn von einer frivolen Klage abzuhalten, die Zweifel gegen die Rechtmäßigkeit seiner Forderung mitgetheilt werden dürfen.

• Unter allgemeiner Zustimmung zu dem Antrage des Herrn Referenten, wurde
b e s c h l o s s e n :

den Reclamanten an die Herzoglich-Nassauischen Gerichte zu verweisen, zugleich aber denselben den vollständigen Auszug dieses Vortrags zu seiner Belehrung mitzutheilen.

§. 138.

Gesuch des Damian Schmidt, vormaligen Rheinschifffahrts-Detroui-Canzlisten zu Gouda, und des H. Adermann, vormaligen Rheinschifffahrts-Detroui-Controleurs zu Leer, Besoldung und Anstellung betreffend.

Ebenderselbe: erstattet Vortrag über die Vorstellungen der benannten vormaligen Rheinschifffahrts-Detroui-Beamten (Num. 100 und 101 vorigen Jahres), welche um Liquidation ihres Besoldungsrückstandes und um Anweisung ihres ganzen Gehaltes oder eine angemessene Wiederanstellung bitten.

Nach vollständig mitgetheiltem Inhalte beider Vorstellungen und vorangeschickten Bemerkungen über die ermangelnde Legitimation des Anwalts der Reclamanten, bemerkt der Herr

Referent in seinem Gutachten, daß, wenn man auch über den Mangel hinlänglicher Legitimation hinausgehen und alle Angaben der Reclamanten als richtig und erwiesen annehmen wollte, so würde es doch dieser hohen Versammlung an der erforderlichen Competenz mangeln, um den Gesuchen der Reclamanten Genüge zu leisten. Denn

1) sey die Wiener Convention wegen der Flußschiffahrt, deren 29. Artikel allerdings eine günstige Verfügung enthalte, ein Theil der Wiener Congressacte, wie die Bundesacte selbst; nirgends aber sey der Bundesversammlung die Befugniß eingeräumt, Beschwerden wegen Verletzung der Congressacte anzunehmen;

2) seyen die Reclamanten keine Staatsdiener in den Entschädigungslanden, auf welche der §. 59 des Deputations-Hauptschlusses von 1803 eine directe Anwendung litte, da sie Beide erst nach dessen Abfassung angestellt worden, mithin begründe der Art. 15 der Bundesacte. Wen so wenig die Competenz dieser hohen Versammlung; ferner

3) könnten sie sich auch nicht auf den 30. Artikel der Schlußacte berufen, indem sie mit ihren Forderungen, nach ihrem eigenen Geständnisse, nicht von einer Regierung an die andere verwiesen worden, sondern ihre Gesuche bis zur Stunde bei der Rheinschiffahrts-Commission anhängig seyen; endlich

4) sey diese Commission durchaus keine der Bundesversammlung untergeordnete Behörde, an welche letztere auch nur Promotorialen zu erlassen befugt wäre, vielmehr stehe sie lediglich unter den committirenden Regierungen.

Referent vermöge daher auf nichts anderes anzutragen, als daß die Reclamanten von hier ab, und an die Rheinschiffahrts-Centralcommission in Mainz verwiesen werden möchten, bei welcher ihre Angelegenheit nach Maaßgabe des Artikels 29 der Wiener Convention unfehlbar ihre Erledigung finden werde.

Sämmtliche Gesandtschaften stimmten dem Herrn Referenten bei; daher

B e s c h l u ß :

daß die vormaligen Rheinoctroi-Beamten, Damian Schmidt und N. A. Hermann, an die Rheinschiffahrts-Centralcommission zu Mainz zu verweisen seyen, bei welcher ihre Angelegenheit, nach Maaßgabe des Artikels 29 der Wiener Uebereinkunft über die Rheinschiffahrt, unfehlbar ihre Erledigung finden werde.

§. 139.

Bitte des Kaufhausmeisters Horix zu Mainz, um Anweisung einer Pension.

(20. Stg. §. 143 v. J. 1821.)

Ebenderfelve: trägt die erneuerte Vorstellung des Kaufhausmeisters Horix zu Mainz (Einr. Nr. Rum. 104 v. J. 1821) vor, worin derselbe anzeige, daß Seine Königliche

Hoheit der Großherzog von Hessen ihm eine abschlägige Resolution ertheilt habe, und er demnach um die Bestimmung derjenigen competenten Stelle bitte, welche seine in allen Friedens- und Reichsschlüssen anerkannte Pension zu zahlen habe.

Der Herr Referent äusserte hierauf:

Wenn die Pensionsberechtigung des Reclamanten in Friedens- und Reichsschlüssen begründet wäre, wie sich Reclamant einbilde, so würde er schon längst befriedigt worden seyn. Daß dieses aber nicht der Fall sey, glaube Referent in seinem früheren Vortrage dargethan zu haben.

So wehe es ihm also auch thue, dem achtzigjährigen Greise keinen Trost in seiner verzweiflungsvollen Lage bereiten zu können, so vermöge er doch auf nichts anderes anzutragen, als daß er zum drittenmale von hier ab- und an seinen Landesherren verwiesen werde, von dessen Großmuth mit Recht zu erwarten sey, daß er die Lage des Reclamanten, wenn sie wirklich so hülflos sey, als er vorgebe, durch eine angemessene Pension oder Gratification mildern werde.

Unter allgemeiner Zustimmung zu diesem Antrage, wurde

b e s c h l o s s e n :

daß der Kaufhausmeister Horix wiederholt ab- und an die Gnade seines Landesherren verwiesen werde.

§. 140.

Bitte des ehemaligen Rheinzollschreibers zu Oberlahnstein, Hofgerichtsrath Weisler, für sich und mehrere Rheinzoll-Pensionisten, um Auszahlung rückständiger reichsschlußmäßiger Pensionen.

(27. Stg. §. 161 v. J. 1819.)

Ebenderfelbe: Erstattet Vortrag auf die unter Num. 74 des Einr. Prot. v. J. 1821 erneuerte Vorstellung des Hofgerichtsraths Weisler, für sich und im Namen mehrerer Rheinzoll-Pensionisten, um Auszahlung rückständiger Pensionen, wornach dieselben bitten, die hohe Bundesversammlung möge, nach Maassgabe des Artikels 30 der Schlußacte, zwischen dem Herzoglichen Hause Nassau und den übrigen theilhaftigen Regierungen eine gütliche Ausgleichung wegen dieser Pensionsrückstände einleiten, im Falle aber, daß dieses ohne Erfolg bliebe, und die betreffenden Bundesstaaten sich auch nicht über ein Compro-miß vereinigen würden, die rechtliche Entscheidung durch ein Austrägalgericht veranlassen und respec. die vom deutschen Bunde hierin übernommene Garantie in Wirksamkeit treten lassen.

Der Herr Referent äusserte hierüber sein Gutachten im Wesentlichen dahin:

daß die Bundesversammlung in dieser Angelegenheit competent und der im Art. 30 der Wiener Schlußacte vorgesehene Fall eingetreten sey.

Derselbe stellte daher den Antrag, daß

- 1) ein Ausschuß von drei Mitgliedern erwählt werde, um nach Artikel 30 der Schlußacte einen Versuch zu machen, im Wege der Güte die Uebernahme jener Pensionsrückstände zu erwirken;
- 2) die verschiedenen theilhaftigen Bundesstaaten, nämlich:

- a) Nassau, als Territorialherr,
- b) Preussen, Baiern, Kurhessen, Sachsen-Weimar und die freie Stadt Frankfurt, als Theilhaber an dem vormaligen Großherzogthume Frankfurt,
- c) Preussen, Baiern, Baden, Großherzogthum Hessen und Nassau, als dormalige Rheinuferstaaten

ersucht werden möchten, ihre Bundestagsgesandten mit den erforderlichen Vollmachten und Weisungen zu versehen, damit, wo möglich, in dieser sehr verwickelten Sache ein gütliches Einverständniß zu Stande gebracht werde.

Unter allgemeiner Zustimmung zu diesem Antrage, kam man überein, daß der unter Zahl 18 diesem Protokolle angefügte Vortrag loco dictaturae gedruckt werden solle.

Hierauf wurde der in Antrag gebrachte Ausschuß gewählt und die Wahl fiel auf die Herren Bundestagsgesandten

von Carlowitz,
von Hammerstein und
Freiherrn von Wangenheim.

B e s c h l u ß :

- 1) Daß die Herren Bundestagsgesandten von Carlowitz, von Hammerstein und Freiherr von Wangenheim beauftragt werden, um in Gemäßheit des Artikels 30 der Wiener Schlußacte einen Versuch zu machen, im Wege der Güte die Uebernahme jener Pensionsrückstände zu erwirken; daher
- 2) die verschiedenen theilhaftigen Bundesstaaten, nämlich

- a) Nassau, als Territorialherr,
- b) Preussen, Baiern, Kurhessen, Weimar und die freie Stadt Frankfurt, als Theilhaber an dem vormaligen Großherzogthume Frankfurt, dann
- c) Preussen, Baiern, Baden, Großherzogthum Hessen und Nassau, als dormalige Rheinuferstaaten,

ersucht werden, ihre Bundestagsgesandtschaften mit den erforderlichen Vollmachten und Weisungen zu versehen, damit, wo möglich, in dieser sehr verwickelten Sache ein gütliches Einverständniß zu Stande gebracht werde.

§. 141.

Legitimation der zu der Militärcommission der deutschen Bundesversammlung abgeordneten Generale und Stabsofficiere.

(14. Siz. §. 118 b. 3.)

Der Herr Gesandte der sechzehnten Stimme, Freiherr von Leonhardi, zeigt an, daß Ihro Durchlauchten die Fürsten von Reuß beider Linien, den Königlich-Sächsischen Herrn Oberstlieutenant von Schreibershofen mit Genehmigung Seiner Majestät des Königs von Sachsen beauftragt haben, und dieser es gefällig übernommen hätte, Ihr Interesse bei der Militärcommission zu vertreten.

Hierauf wurde

b e s c h l o s s e n :

der Militärcommission der deutschen Bundesversammlung hiervon Nachricht zu ertheilen.

§. 142.

Einreichungs-Protokoll.

Folgende neue Eingaben, und zwar

Num. 69, eingereicht am 10. Mai, von Dr. Goldschmidt, Bevollmächtigten der ehemals Kurmainzischen Staatsgläubiger, die Forderungen an die Rente Lohnd und den Zoll Bilzbach betreffend.

Num. 70, einger. am 10. Mai, von Ebendenselben, dessen Legitimation als Bevollmächtigter der Mainzer Pfandhausgläubiger, mittelst dreier Vollmachten sub lit. B. C. D. betreffend.

wurden der wegen der Mainzer Staatsschulden bestehenden Commission zuzustellen beschlossen.

§. 143.

Organisation der gemischten Armeecorps.

(10. Siz. §. 84 b. 3.)

In Erwägung, daß, seitdem der Beschluß vom 14. vorigen Monats (10. Siz. §. 84) gefaßt worden ist, solche Umstände eingetreten sind, welche die auf den 15. dieses Monats erwarteten Anzeigen über die in den gemischten Armeecorps und den verschiedenen Abtheilungen derselben getroffenen Uebereinkünfte noch aufhalten, auch die hohe Bundesversammlung bewogen haben, die ihr vorbehalten Entscheidung im Falle der Nichtvereinbarung noch nicht eintreten zu lassen, wurde

b e s c h l o s s e n :

in einer der nächsten Sitzungen über die weitere Einleitung dieser Sache Berathung zu pflegen.

Folgen die Unterschriften.